



Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, es tut Not, dass wir ein wenig zurückblenden, wenn auch vielleicht nicht soweit wie im Johannesevangelium, wo es heißt: Im Anfang war das Wort. – Aber auch zu Beginn dieser Wahlperiode gab es Worte, und zwar deutliche Worte zum Beispiel im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Koalitionsfraktionen. Ich zitiere wörtlich:

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

Angesichts der desolaten finanziellen Situation der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen ist die Rückgewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit Voraussetzung für die Existenz kommunaler Selbstverwaltung auch in der Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dem wäre nichts hinzuzufügen, wenn man sich jetzt nicht gleichzeitig vor Augen führen müsste, wie sich die Entwicklung der kommunalen Finanzen in den letzten viereinhalb Jahren tatsächlich dargestellt hat. Der Kollege Becker hat gerade einiges dazu ausgeführt. Ich kann nach all dem, was den Kommunen in den letzten viereinhalb Jahren durch diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen widerfahren ist, nur feststellen: Gegen Ende dieser Wahlperiode, meine Damen und Herren von CDU und FDP, steht das gebrochene Wort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich ungeniert bei unseren Kommunen bedient. Ich möchte nur – der Kollege Becker hat darauf verzichtet – einige Stichworte nennen: Grunderwerbssteuer, Krankenhausfinanzierung, Elternbeitragsdefizitausgleich, Schülerbeförderungskosten, Landesjugendplan. Das sind nur wenige Beispiele für das, was den Kommunen durch diese Landesregierung und die Mehrheitsfraktionen widerfahren ist.

(Christian Lindner [FDP]: Falsch! Im Landesjugendplan gibt es mehr Geld!)

Viele Städte und Gemeinden in unserem Land, insbesondere in strukturschwachen Gebieten, stehen vor dem finanziellen Kollaps. Das, was Sie selbst zu Beginn der Wahlperiode festgestellt haben, haben Sie verschlimmert. Sie haben den Kommunen in unserem Land im wahrsten Sinne des Wortes Bärendienste geleistet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Altschulden und Kassenkredite lassen sich kaum noch bewältigen. Das gilt insbesondere für unsere Nothaushaltskommunen. Sie haben ohne jede eigene Alternative, sieht man einmal von dem kommunalwahlbedingten Intermezzo in der sitzungsfreien Zeit ab, unseren Vorschlag, einen Stärkungspakt Stadtfinanzen gemeinsam zu beschließen, zurückgewiesen. Weder gibt es konkrete Pläne für die Unterstützung hilfsbedürftiger Kommunen noch irgendwelche greifbaren Hinweise darauf, dass Sie Ihren Ankündigungen in irgendeiner Form Taten folgen lassen. Unmittelbar nach der Kommunalwahl wird durch die Gutachten, die die kommunalen Spitzenverbände in Auftrag gegeben haben, deutlich, dass die Vorbehalte, die wir Ihnen seit dem Dezember 2007 hier im Hause machen, nämlich dass Sie die Kommunen bei den Lasten der deutschen Einheit über den Tisch gezogen haben, absolut richtig und begründet sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und das war absehbar. Das, was seit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 11. Dezember 2007 durch die Regierung und Sie als Koalitionsfraktionen vollführt wird, ist ein mehraktiges Trauerspiel. Denn das, was sich jetzt im Gutachten von Prof. Hellermann und Frau Prof. Dr. Färber tatsächlich nachlesen lässt, war doch absehbar.

Der Verfassungsgerichtshof hat seinerzeit festgestellt, dass für 2006 eine kommunale Überzahlung stattgefunden hat. Jetzt kommt der auch juristisch durch Herrn Prof. Hellermann durchaus deutlich unter Nachweis gebrachte Vorwurf, den ich Ihnen nicht ersparen kann: Sie sind seinerzeit dem Vortrag der Beschwerdeführer substantiell nicht entgegengetreten,

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

sodass der Verfassungsgerichtshof die berechnete Überzahlung von 450 Millionen € für 2006 seiner Entscheidung inklusive der Berechnungsmethodik zugrunde gelegt hat.

Dem Land wurde damals aufgegeben, für 2006 bis spätestens 2008 auszugleichen. Statt dieser Vorgabe zu folgen, haben Sie mit einer sehr zweifelhaften Systematik versucht, sich an der Angelegenheit vorbeizudrücken. Das Gutachten von Prof. Lenk ist widerlegt, meine Damen und Herren. Aber das war auch gar nicht so schwer. Denn Ihre Berechnung der Einheitslasten, die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich hinzuzuziehen, ist nicht nur unhistorisch, nicht nur unjuristisch gewesen, meine Damen und Herren, das ist ein plumper Versuch gewesen, die Kommunen in unserem Land ein weiteres Mal über den Tisch zu ziehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die 650 Millionen € waren doch damals kein mildtätiger Akt der Landesregierung. Das war – Herr Minister Linssen, der Versuch ist gescheitert – der Versuch, die Haushalte in den kommenden Jahren zu entlasten. Und jetzt stehen Sie da, und zwar mit ein paar Fragen, die uns die Landesregierung in der heutigen Aktuellen Stunde bitte zu beantworten hat.

Ich fordere Sie namens der SPD-Landtagsfraktion dazu auf. Reden Sie jetzt endlich Klartext! Sagen Sie der Öffentlichkeit und unseren Kommunen, ob Sie dazu bereit sind, zuzugeben, dass Sie sich auf falsche juristische Annahmen verlassen haben. Teilen Sie uns mit, in welcher Art und Weise und in welchen Zeiträumen Sie die Überzahlungen rückabwickeln wollen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und machen Sie mit dem unsäglichen Spiel, das offensichtlich dem Gedanken geschuldet ist, man müsse versuchen, die Nettoneuverschuldung auf jeden Fall unter der bisherigen Höchstmarke zu halten, Schluss. Sie können nach all dem, was jetzt vorliegt, nach unserer Meinung nicht davon ausgehen, dass die Kommunen nicht unmittelbar einen Anspruch auf weitere Rückzahlungen haben.

Ich habe Ihnen seinerzeit für die Jahre 2006 bis 2008 hier am Rednerpult eine Gesamtüberzahlung von mindestens 1,4 Milliarden € prognostiziert. Das, was jetzt berechnet worden ist, liegt sehr nahe dabei. Das heißt, Sie müssen das, was für die Jahre 2007 und 2008 zu berücksichtigen ist, in einem Nachtragshaushalt verankern und in den Haushaltsplanberatungen für 2010 festzurren.

Meine Damen und Herren, wenn diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen davon absehen, dann kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie ein weiteres Mal versuchen, unsere Kommunen zu übervorteilen, und zwar zur Überdeckung und Übertünchung Ihrer eigenen Fehlleistungen.

Die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Gesundung der Kommunalfinanzen ist aus unserer Sicht, dass jetzt Dinge umgesetzt werden und im nächsten Frühjahr diese kommunalfeindliche Landesregierung abgelöst wird. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)